

Populismus in Spanien und Frankreich

Eine Annäherung

Wolfgang Muno, Christian Pfeiffer

1. Einleitung

Populismus ist längst nicht mehr nur ein Phänomen von Entwicklungsländern mit fragilen Institutionen. Auch konsolidierte Demokratien werden weltweit massiv von populistischen Parteien oder Politikern unter Druck gesetzt. Der französische Historiker Pierre Rosanvallon (2020) sieht das 21. Jahrhundert gar als das »Jahrhundert des Populismus«. Auch in der romanistischen Welt ist Populismus vielerorts und vielgestaltig anzutreffen. In Frankreich erzielte Marine Le Pen für den rechtspopulistischen Rassemblement National (RN) 41,46 Prozent der abgegebenen Stimmen beim zweiten Wahlgang, der Stichwahl, der Präsidentschaftswahl am 24. April 2022. In der ersten Runde am 10. April erhielt sie 23,2 Prozent, der Linkspopulist Jean-Luc Mélenchon kam auf 22 Prozent. In Italien erzielte die mal als rechtsextrem, mal als postfaschistisch oder neofaschistisch, mitunter auch als rechtspopulistisch eingestufte Partei Fratelli d'Italia bei den Parlamentswahlen am 25. September 2022 26 Prozent und bildete mit den Rechtspopulisten der Lega und Silvio Berlusconis Forza Italia eine Regierungskoalition. Die Lega kam auf 8,8 Prozent, Forza Italia auf 8,1, zudem erhielt das ebenfalls als populistisch zu charakterisierende Movimento 5 Stelle (M5S) 15,4 Prozent. In Spanien erzielte das Linksbündnis Sumar, in dem die Linkspopulisten von Podemos bei den Parlamentswahlen am 23. Juli 2023 antraten, 12,31 Prozent, die Rechtspopulisten von Vox 12,39 Prozent. Auch im romanisch geprägten Lateinamerika gilt Populismus als ein wiederkehrendes Merkmal der Politik und wird seit Jahrzehnten untersucht (vgl. etwa Muno 2021, Pfeiffer/Muno 2023). Im 20. Jahrhundert wurden Politiker wie Getúlio Vargas in Brasilien, José María Velasco Ibarra in Ecuador, Lázaro Cárdenas in Mexiko und Juan Domingo Perón als Populisten bezeichnet. Diese Politiker prägten die Ära des »klassischen« Populismus in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und dominierten ihre Länder als Präsidenten. Ende des 20. Jahrhunderts trat eine neue Welle von Populisten, die so genannten Neo-Populisten, auf die politische Bühne. Die Präsidenten Fernando Collor de Mello in Brasilien, Alberto Fujimori in Peru und

Carlos Menem in Argentinien sind Beispiele für Neo-Populisten, die Populismus mit neoliberaler Politik verbinden. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts hat eine dritte Welle des Populismus Lateinamerika überrollt: Hugo Chávez in Venezuela, Evo Morales in Bolivien, Rafael Correa in Ecuador sowie Néstor Kirchner und Cristina Fernández de Kirchner in Argentinien, allesamt Präsidenten ihrer Länder, stehen für eine neue linkspopulistische Welle. Derzeit wird über eine mögliche vierte Welle des Populismus diskutiert, einen Rechtspopulismus mit Vertretern wie Jair Bolsonaro in Brasilien, Nayib Bukele in El Salvador, Javier Milei in Argentinien oder José Antonio Kast und Johannes Kaiser in Chile.

Lateinamerikanische und europäische, vor allem südeuropäische, Populismen stehen nicht selten in einem intensiven Austausch miteinander. Historiker bringen das Phänomen des Populismus in Lateinamerika mit dem Caudillismo in der kolonialen und postkolonialen Zeit in Verbindung, als lokale Bosse oder regionale Kriegsherren mit mehr oder weniger Charisma die politische Macht in meist abgelegenen Gebieten ausübten (vgl. Riekenberg 2010). Dass sich »Caudillismo« nicht nur auf Lateinamerika beschränkt, zeigt sich schon an der Tatsache, dass der spanische Diktator Francisco Franco den Titel »Caudillo« für sich beanspruchte. Eser spricht von einer »Tradition in der iberischen und hispanoamerikanischen politischen Kultur« (Eser 2016: 246). Der französische Historiker Pierre Rosanvallon sieht eine Verbindung zum Bonapartismus und spricht vom »Homme-peuple« (Rosanvallon 2020: 44). Parallelen zum noch heute existierenden Führerkult um den »Duce« Mussolini in Italien sind offensichtlich.

Im folgenden Beitrag soll sich auf Spanien und Frankreich als zwei Beispiel-länder für Populismus in romanischen Ländern konzentriert werden. Inwiefern es sich tatsächlich um ein Spezifikum romanischer politischer Kultur handelt, kann an dieser Stelle nicht diskutiert werden, aber eine Betrachtung dieser beiden Fälle im Rahmen des vorliegenden Buches soll das Potenzial der damit verbundenen Forschungsperspektiven für Politikwissenschaft sowie auch für die Romanistik unterstreichen. Die Populismus-Forschung betont Fragen der (politischen) Identität sowie politisch-kulturelle Ansätze, somit wären gemeinsame Analysen von Politikwissenschaft und kulturwissenschaftlicher Romanistik eine sinnvolle Vorgehensweise, ganz im Sinne von »romanistisch, politisch«. Im vorliegenden Beitrag sollen zunächst Konzepte und Ansätze zu Populismus diskutiert, danach exemplarisch populistische Parteien bzw. Bewegungen in Spanien und Frankreich vorgestellt werden. Abschließend werden einige vergleichende Überlegungen zu Populismus an-gestellt.

2. Populismus: Konzepte und Ansätze

Weltweit scheint Populismus auf dem Vormarsch. In Europa verdoppelte sich der Stimmanteil populistischer Parteien bei Wahlen in den letzten Jahrzehnten. Aufgrund dieser globalen Entwicklung ist Populismus in den vergangenen Jahren nicht nur in der Politikwissenschaft zu einem der meist verwendeten und meist besprochenen Konzepte geworden. In der breiten Öffentlichkeit werden mit großer Regelmäßigkeit Politiker:innen, Regierungen, Handlungen, Strategien oder Diskurse als populistisch bezeichnet.

Aufgrund dieser vielfältigen Verwendung und den damit verbundenen oftmals diffusen Zuschreibungen ist es nicht ungewöhnlich, dass zwei Forscher:innen mit Populismus unterschiedliche Vorstellungen und Konzeptionen verknüpfen. Was genau eine Person als Populisten kennzeichnet oder wann eine bestimmte Regierung oder Politik als populistisch zu bezeichnen ist, ist daher stark umstritten und kann sich insbesondere regional und disziplinär deutlich unterscheiden. In einem frühen sozialwissenschaftlichen Beitrag diskutierten Ghita Ionescu und Ernest Gellner in ihrem 1969 herausgegebenen Band viele Ansätze, vermieden jedoch eine einheitliche Definition. Fast 50 Jahre später betrachten Cas Mudde und Cristobal Rovira Kaltwasser Populismus immer noch als ein im Wesentlichen umstrittenes Konzept der Sozialwissenschaften (Ionescu und Gellner 1969; Mudde und Rovira Kaltwasser 2017; siehe auch Weyland 2001). Rosanvallon (2020) führt kritisch die »chaotische Aufzählung« von »36 Familien des Populismus« an, die von einer Zeitschrift unterschieden wurden. Paul Taggart (2000: 5) beschreibt Populismus als »chamäleonisch«, so auch Karin Priester (2012), und bei Jan-Werner Müller (2016: 2), heißt es: »Wir haben einfach keine Theorie des Populismus und es scheint, uns fehlen kohärente Kriterien«.

Auf der anderen Seite kritisiert Francisco Panizza das »cliché to start writing on populism by lamenting the lack of clarity about the concept«. Obwohl er die Umstrittenheit des Populismus bestätigt, behauptet er, dass es möglich sei, »to identify an analytical core around which there is a significant degree of academic consensus« (Panizza 2005: 1). Im Folgenden versuchen wir, diesen »analytical core« herauszuarbeiten.

Genauso wenig wie es eine einzige Definition von Populismus gibt, gibt es eine einzige Herangehensweise an das Phänomen, die von der gesamten Forschungsgemeinde geteilt wird. Ein historischer Zugang könnte in der antiken Römischen Republik mit der Auseinandersetzung zwischen Popularen und Optimaten beginnen, bei den russischen *Narodniki* ansetzen oder die *People's Party* in den USA als Ausgangspunkt nehmen (Rosanvallon 2020). Neben einer historischen Betrachtung haben sich in den vergangenen Jahren in der sozialwissenschaftlichen Debatte drei Hauptzweige der Betrachtung herauskristallisiert. Es wird zwischen dem ideologischen, dem strategischen sowie dem performativen Ansatz unterschieden.

Der maßgeblich von Mudde entwickelte ideologische Ansatz, der in seinen wesentlichen Grundfesten weitgehend anerkannt ist, arbeitet mit einer Minimaldefinition von Populismus. Dieser geht davon aus, dass Populismus eine »dünne Ideologie« ist, die die Gesellschaft dichotom in eine korrupte Elite und das moralisch höherwertige Volk aufteilt und die die Existenz einer »volonté générale« als tonangebende Richtschnur für die Politik proklamiert (Mudde 2004: 543). Zudem bedeutet dies, dass Populismus kein allgemein gültiges Konzept zur Lösung gesellschaftlicher Probleme anbietet und oft mit einfachen Lösungen für komplizierte Probleme in Verbindung gebracht wird. Vielmehr stellt Populismus einen diskursiven Rahmen dar, der mit Ideen gefüllt werden muss. Deshalb verbindet er sich mit sog. »Wirts-ideologien«, die dem Populismus programmatische Inhalte liefern. Diese Ideologien können, auch regional bedingt, stark variieren und reichen von linken bis zu rechten Ideologien (Stanley 2008: 95).

Der u.a. von Kurt Weyland vertretene politisch-strategische Ansatz sieht Populismus weniger als eine Ideologie, sondern vor allem als eine Handlungsanleitung zur Machtergreifung und -ausübung. Ein/e populistisch agierende/r Anführer:in versucht mit Rückgriff auf direkte, unvermittelte und uninstitutionalisierte Unterstützung seiner meist unorganisierten Anhänger:innen, an die Macht zu kommen bzw. an der Macht zu bleiben (Weyland 2017: 59). Gleichzeitig nutzt er dabei den dargestellten populistischen Diskurs.

Der u.a. von Pierre Ostiguy (2017) und Benjamin Moffit (2016) vertretene performative Ansatz wiederum sieht Populismus als politischen Stil an, der sich an Eigenschaften wie der (Körper-)Sprache, Mimik und Gestik oder bestimmter Kleidung festmacht (Ostiguy 2017: 75ff.). Diese Merkmale werden von politischen Anführer:innen gezielt eingesetzt. Dadurch möchte er/sie die emotionale Verbindung mit seinen Anhänger:innen unterstreichen und verdeutlichen, dass er/sie »eine/r von ihnen« ist. Dieser Ansatz kann zudem in den sozio-kulturellen und den politisch-kulturellen Ansatz unterteilt werden, die allerdings unmittelbar miteinander zusammenhängen. Während der sozio-kulturelle Ansatz die Art und Weise behandelt, wie ein/e Politiker:in in der politischen Arena und gegenüber seinen/ihrer Anhänger:innen auftritt, beschäftigt sich der politisch-kulturelle Ansatz mit dem politischen Stil, den ein/e Politiker:in in der Auseinandersetzung mit politischen Problemen an den Tag legt (Ostiguy 2017: 77ff.).

Die dargestellten Herangehensweisen müssen sich nicht zwingend untereinander ausschließen, sondern stellen eher unterschiedliche Schwerpunktsetzungen einer Auseinandersetzung mit dem Phänomen des Populismus dar. Rosanvallon (2020: 15) etwa führt »fünf Grundelemente der politischen Kultur des Populismus« an, die letztlich die hier aufgeführten Charakteristika zusammenführen, eine besondere Volksidee, eine spezielle Demokratietheorie, ein Repräsentationsmodus, und ein »System der Leidenschaften und Emotionen«. Er ergänzt noch eine nationalprotektionistische Wirtschaftsphilosophie, die er als Teil von Populismus

ansieht. Damit grenzt er allerdings die neoliberalen Neopopulisten wie Carlos Menem in Argentinien oder Alberto Fujimori in Peru aus.

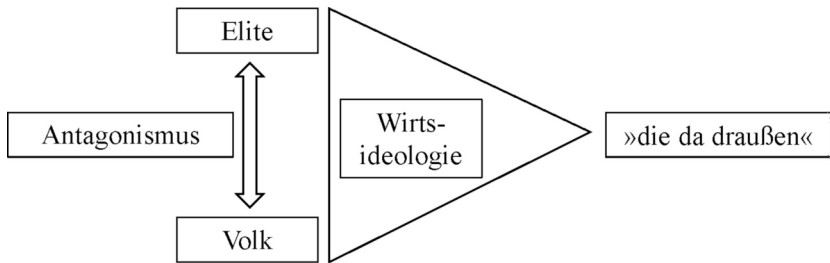
Eine zentrale Frage ist, wie es Populismus mit der Demokratie hält. Durch den insbesondere seit Mitte der 2000er Jahre und bis heute anhaltenden Analyseaufschwung in der Populismusforschung sind in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von Artikeln, Monographien und Sammelbänden erschienen, die sich den unterschiedlichen Aspekten des Populismus widmen. Besonders hervorzuheben sind z.B. das »Oxford Handbook of Populism« (Rovira Kaltwasser et al. 2017), das »Routledge Handbook of Populism« (De la Torre 2019) und das Handbuch »Political Populism« (Heinisch et al. 2017).

Politische Theoretiker:innen wie Ernesto Laclau (2005) und Chantal Mouffe (2018) sehen Populismus als die Verkörperung wahrer Demokratie an, da durch ihn die direkte Herrschaft des Volkes gewährleistet sei. Dirk Jörke und Veith Selk bezeichnen Populismus als »Zwitter in der Demokratie« (2017: 70) und unterscheiden explizit anti-demokratische Ideologien wie beispielsweise Faschismus von einem Populismus, der sich zwar zu einem Populismus gegen die Demokratie entwickeln kann, sich aber gleichzeitig grundsätzlich auf eine demokratisch-plebiszitäre Legitimation beruft, deren Grundlage die Idee der Volkssouveränität ist – wenn auch kritisch eingewandt werden kann, dass eine sehr spezielle Idee von »Volk« im Populismus existiert. Ähnlich argumentiert Nadia Urbinati, die von einer »Umwandlung« (transmutation), aber (noch) nicht von einem »exit from democracy« spricht und Populismus nicht per se als autokratische Regimeform einstuft (Urbinati 2019: 118). Mudde und Rovira Kaltwasser (2012:16ff.) betonen sowohl die Gefahren als auch die Chancen, die Populismus für ein politisches System bedeuten kann. Er könne ambivalent als Korrektiv gegen Fehlentwicklungen aber auch als Bedrohung von Demokratie wirken. Takis Pappas kritisiert diese Perspektive explizit, er lehnt rigoros »beyond any doubt the empirically groundless idea that ruling populism may be a ›corrective‹ to the shortcomings of democracy« ab (Pappas 2019: 82).

Die verschiedenen Zugänge machen es der Forschungsgemeinschaft nicht einfacher, den Populismus-Begriff so einzugrenzen, dass das von Giovanni Sartori (1970) beschriebene Problem des »conceptual stretching«, also die inflationäre Benutzung des Begriffes zur Analyse sehr unterschiedlicher Sachverhalte, ausbleibt. Es lässt sich jedoch festhalten, dass Populismus ein vielschichtiges Phänomen ist, das über eine Substanz bzw. einen analytischen Kern verfügt, den wir als anti-elitistische und anti-institutionalistische Ideologie mit einer (konstruierten) Volkszentriertheit auffassen können. Dieser Kern wird durch symbolische Handlungen ergänzt, was im performativen Ansatz erfasst wurde. Populistische Strategien zum Machterwerb sind dagegen ein weiter verbreitetes Phänomen, das wir natürlich bei Populisten aller Art, aber auch gelegentlich bei konservativen, sozialdemokratischen oder liberalen Politiker:innen entdecken können.

Abbildung 1 fasst unsere obigen Ausführungen in einem Schaubild zusammen.

Abb.1: *Populismus*



Quelle: eigene Erstellung nach Lewandowsky 2022: 66

Die Varianten von Populismus definieren »die da draußen« bzw. die »Anderen«, in Abhängigkeit von der Wirts-ideologie. Linkspopulisten sehen ökonomische Eliten (Reiche, Kapitalisten, Unternehmer), im Bündnis mit »Faschisten«, als nicht zum wahren, guten, moralisch überhöhten Volk gehörig. Rechtspopulisten sehen ethnische Minderheiten, Immigranten, aber auch sexuelle, religiöse oder kulturelle Minderheiten nicht als Teil des »Volkes«. Mudde und Rovira Kaltwasser unterschieden in einem Vergleich von lateinamerikanischem und europäischem Populismus einen eher linken, »inkluisiven« und einen rechten, »exklusiven« Populismus (Mudde/Rovira Kaltwasser 2013). Den inklusiven Populismus sahen sie in Lateinamerika, den exklusiven in Europa. Die politische Integration zuvor marginalisierter gesellschaftlicher Gruppen ist ein wichtiges Element des lateinamerikanischen Populismus. Im klassischen Populismus der 1930er bis 1950er Jahre, bei Juan Domingo Perón oder Getulio Vargas, war es die Arbeiterschaft, später waren es Slumbewohner (etwa bei Hugo Chávez) oder Indigene (Evo Morales). Dabei wurden diese Gruppen nicht nur politisch mobilisiert, sondern auch adressiert und erhielten somit Anerkennung, woraus sich Bewusstsein und Würde entwickelten. Dies speiste langanhaltende Loyalitäten, aus denen wiederum politische Identitäten wurden. Das jüngste Aufkommen von Rechtspopulisten in Lateinamerika stellt diese Perspektive in Frage, ebenso wie die Existenz vieler inklusiver, linker Populismen in Europa, wie eben Podemos in Spanien. Einmal mehr zeigt sich der »chamäleonische« Charakter von Populismus. Daher werden nun im Folgenden zunächst einige populistische Parteien und Bewegungen in Spanien und Frankreich vorgestellt.

3. Populismus in Spanien und Frankreich

In Spanien wie in Frankreich existieren beide Hauptvarianten des Populismus, Links- wie Rechtspopulismus. In Spanien sind dies Podemos, Vox und neuerdings »Sé Acabó la Fiesta« SALF, in Frankreich Front National bzw. Rassemblement National FN/RN und La France Insoumise LFI. Im Folgenden werden zunächst Spanien mit Podemos, Vox und SALF und anschließend Frankreich mit FN/RN und LFI vorgestellt.

Spanien

Anders als in vielen anderen europäischen Ländern dauerte es in Spanien bis Mitte der 2010er Jahre, dass eine als populistisch wahrgenommene politische Kraft dauerhaft Erfolge an den Wahlurnen erzielen konnte. Im Kontext einer allgemein anerkannten Verkrustung des politischen Systems und einer schweren Rezession sorgte ab 2014 die Partei Podemos (»Wir können«) für Aufsehen in der spanischen Politik. Die Partei erfuhr gemischte Reaktionen: Während sie insbesondere von linken und jüngeren Menschen mit großem Wohlwollen aufgenommen wurde, stieß sie bei einem Großteil der älteren und konservativen Bevölkerung auf entschiedene Ablehnung (Pfeiffer 2015).

Die Partei hatte ihren Ursprung in der Bewegung der »Indignados« aus dem Jahr 2011. Diese Bewegung, die in Anlehnung an den Tag ihrer Initialdemonstration auf der Madrider Puerta del Sol heute nur noch als »15-M« (15. Mai) bezeichnet wird, dehnte sich rasant auf die übrigen Teile des Landes aus und hielt die spanische Gesellschaft und Politik für mehrere Monate in Atem. Sie verstand sich als horizontal und offen für alle gesellschaftlichen Schichten und formierte sich als Protest gegen das Quasi-Zwei-Parteiensystem von PP (Partido Popular) und PSOE (Partido Socialista Obrero Español), gegen die Austeritätspolitik der Regierung und deren sozialen Folgen, gegen den vermeintlichen Mangel an Demokratie und Transparenz, die grassierende Korruption sowie das dominierende Finanzsystem (Bosch/Durán 2019: 258). Dabei sah sich die Bewegung als basisdemokratisch und konsensgebunden und hatte keine expliziten Wortführer. Nachdem die Proteste abgeebbt waren, war häufig die Meinung zu hören, dass es der Bewegung nicht gelungen sei, sich in eine politische Kraft zu verwandeln (Pfeiffer 2015). Dies änderte sich erst mit dem Aufstieg von Podemos.

Nach einem beachtlichen Erfolg bei den Europawahlen 2014 geriet die Partei ins Visier der etablierten Politik. Diese brandmarkte Podemos als Populisten, Demagogen, Unterstützer der baskischen Terrororganisation ETA, des chavistischen Regimes in Venezuela und als Feinde der Demokratie. In der Folge kam es zu intensiven medialen Auseinandersetzungen. Trotzdem oder gerade deswegen stieg die Zustimmung für neuen Gesichter von Podemos in der spanischen Bevölkerung konti-

nuiert an. Sie präsentierten sich regelmäßig in Fernsehsendungen, Zeitungsartikeln und auf sozialen Medien.

Die Gründe für den Aufstieg von Podemos lagen unter anderem im Medienphänomen rund um die zentrale Führungsfigur Pablo Iglesias. Gemeinsam mit anderen Persönlichkeiten wie Íñigo Errejón und Juan Carlos Monedero, die ebenso wie Iglesias zuvor Dozenten der Politikwissenschaft an der Universidad Complutense in Madrid waren, formulierte er eine scharfe Kritik am etablierten Zweiparteiensystem, das sie als »casta« oder in Anlehnung an das Jahr der Volksabstimmung über die spanische Verfassung »régimen de 1978« bezeichneten (Franzé 2015).

Mit dieser rhetorischen Zuspitzung konnte die Partei bei den nationalen Wahlen 2015 mit 69 Abgeordnetensitzen (20,66 Prozent) sowie bei den Wiederholungswahlen 2016 im Bündnis mit der Linkspartei Izquierda Unida (IU) mit 71 Abgeordneten-sitzen (21,10 Prozent) Achtungserfolge erreichen (Pfeiffer 2016).

Seit ihrer Gründung legt die Partei besonderen Wert auf ein Wirtschafts- und Sozialprogramm, das im Laufe der Zeit erhebliche Anpassungen erfahren hat, um die ursprünglich radikalen Positionen zu mildern. Obwohl Podemos oft in fundamentalen Opposition zu den etablierten Parteien stand und trotz regionaler und kommunaler Zusammenarbeit mit der »etablierten Politik« ein antagonistisches Verhältnis pflegte, ging sie nach den nationalen Wahlen 2019 eine Koalition mit der PSOE von Ministerpräsident Pedro Sánchez ein. Dies geschah, nachdem unter dem Namen Unidas Podemos eine breite Allianz linker Parteien gebildet worden war, die aus Podemos als der größten Partei, der traditionellen IU und mehreren regionalen linken Parteien bestand. Der Podemos-Chef Iglesias begründete diesen Schritt mit dem Ziel, eine »durchweg progressive« Koalitionsregierung zu bilden. Es wurde ein konkretes Regierungsprogramm zwischen PSOE und der Wahlallianz Unidas Podemos mit dem Titel »Coalición progresista. Un nuevo acuerdo para España« (»Progressive Koalition. Eine neue Vereinbarung für Spanien«) veröffentlicht. Die Hauptpunkte dieses Programms betrafen insbesondere die Sozialpolitik, die Aktualisierung des »Staates der Autonomen« hin zu einer verstärkten administrativen Dezentralisierung und eine Erhöhung der Steuern für höhere Einkommen (Pfeiffer/Werz 2020).

Die erste Koalitionsregierung in der Geschichte der modernen spanischen Demokratie sah sich großen Herausforderungen gegenüber. Wiederholte Regierungswechsel und mangelnde Mehrheiten hatte zu einem erheblicher Reformstau in verschiedenen Politikbereichen geführt. In der Folgezeit wurde die Koalition zwar regelmäßig von internen Streitigkeiten und öffentlichen Kontroversen, insbesondere im Hinblick auf den Umgang mit regionalen Unabhängigkeitsbewegungen und kontraproduktiven Gesetzen, erschüttert. Dennoch verzeichnete sie bemerkenswerte Fortschritte, vor allem im Bereich der Sozialpolitik. Zum Beispiel stieg der interprofessionelle Mindestlohn während der Koalitionsregierung von Pedro Sánchez von 950 Euro auf 1080 Euro, und die Renten wurden an die hohe Inflation

angepasst. (Monrosi/Olías/Riveiro 2023). Die Allianz hat zudem, spätestens seit ihrer Regierungsbeteiligung, den populistischen Diskurs weitgehend abgelegt. Dies wurde unter anderem durch den Rückzug des Vizepräsidenten Iglesias begünstigt, der nach seinem Ausscheiden aus der aktiven Politik mit einem als Kommentator in Fernseh- und Radiosendungen einen Diskurs verfolgt, der stark an den früheren Populismus seiner Partei erinnert (Mariette 2022).

Selbst nach dem Ausscheiden von Iglesias brachte Unidas Podemos einige wichtige, aber auch umstrittene Reformen voran. Dazu gehört die Erweiterung der Bürgerrechte, einschließlich des Gesetzes zur sexuellen Freiheit, auch bekannt als »Ley Sí es Sí«. Dieses Gesetz war das umstrittenste der Legislaturperiode, da die vorgesehene Abschaffung der Unterscheidung zwischen Missbrauch und sexueller Nötigung zu unbeabsichtigten Strafminderungen oder sogar zur Freilassung von Hunderten von Sexualstraftätern führte. Das Gesetz wurde schließlich vom PSOE mit Unterstützung des PP geändert, wobei die ursprünglichen Autoren von UP dagegen stimmten. Weitere Gesetze umfassten die »Ley Trans«, die die Rechte von trans- und intersexuellen Personen stärkte, sowie ein Gesetz zur Euthanasie.

Ein weiterer Schwerpunkt der Gesetzgebung waren institutionelle Reformen, wie die Abschaffung des Gesetzes zur Aufwiegelung, eine Zugeständnis an die katalanischen separatistischen Parteien. Wichtige Politiker dieser Parteien waren zuvor zu Haftstrafen verurteilt und wurden freigelassen, was von der Opposition und den privaten Medien als unverhältnismäßiges Zugeständnis an staatsfeindliche Akteure bezeichnet wurde. Auch das Gesetz zur demokratischen Erinnerung stieß auf Kritik. Es wird als Teil einer Erinnerungsoffensive betrachtet, die 2019 mit der Exhumierung der Überreste des Diktators Francisco Franco aus dem Tal der Gefallenen begann. Das Gesetz sieht eine größere staatliche Rolle bei Exhumierungen und eine »demokratische« Geschichtsvermittlung in den Schulen vor. Während das PP und die rechtspopulistische Partei VOX das Gesetz kritisierten, war es für einige Akteure der Zivilgesellschaft und die linke separatistische Esquerra Republicana de Catalunya (ERC) unzureichend. Zudem wurde das Gesetz zum Klimawandel und zur Energiewende verabschiedet (Pfeiffer/Werz 2023).

Bei den nationalen Wahlen 2023 trat Podemos nach erheblichen Wahniederlagen auf regionaler Ebene im Rahmen des Wahlbündnisses »Sumar« an, das von Yolanda Díaz angeführt wurde. Im Vorfeld gab es intensive Auseinandersetzungen innerhalb des linken Spektrums, da sich insbesondere Podemos nicht hinter die Führung von Díaz stellen wollte. Das Bild einer fragmentierten Linken zeigte sich, die durch persönliche Differenzen ein positives Wahlergebnis riskierte. Angesichts des Risikos, ohne das Bündnis in die Irrelevanz abzurutschen, kam man schließlich zu einer gemeinsamen Übereinkunft. Sumar konnte bei den Wahlen am 23. Juli 2023 jedoch nicht sein Ziel erfüllen, den dritten Platz vor der rechtspopulistischen Partei VOX zu sichern. Im Vergleich zu den vorangegangenen nationalen Wahlen, bei denen Unidas Podemos sowie die Linksparteien Más País, Compromís und Comuns

– nunmehr Bestandteile von Sumar – separat antraten, verlor das Bündnis sieben Sitze und erzielte 31 Abgeordnete (12,31 Prozent). Trotzdem bezeichnete die Spitzenkandidatin Díaz das Wahlergebnis als Erfolg, insbesondere da eine Regierung der »Ultrarechten« verhindert wurde (Medina 2023). Der größte Verlierer innerhalb dieses Wahlbündnisses war jedoch Podemos. Infolge der Wahlen zogen nur fünf Abgeordnete der Partei in das nationale Parlament ein, und trotz der Teilnahme an der Regierung von Sumar erhielt die Partei kein Ministerium. Dies war auch ein Grund dafür, dass sie die neugebildete Regierungskoalition mit dem PSOE kurz darauf verließ. Zehn Jahre nach ihrer Gründung scheint die Partei ihren Reiz für viele der ehemaligen Wähler verloren zu haben und wurde durch die nicht-populistische und weniger konfrontative Allianz Sumar ersetzt.

Die spanische Linke gab durch ihre Aufspaltung in Sumar und Podemos ein zerstrittenes, an politischen Ränkespielen interessiertes Bild ab, was Teile ihrer Wählerschaft abschreckte. Dies zeigte sich besonders deutlich durch miserable Wahlergebnisse bei den Regionalwahlen im Baskenland, in Galizien und in Katalonien im Frühjahr 2024 sowie bei den Europawahlen am 9. Juni 2024. Bei diesen Wahlen erreichte Sumar lediglich 4,6 Prozent und drei Europaabgeordnete, während Podemos 3,3 Prozent und zwei Europaabgeordnete erzielte. Die Zukunft der gespaltenen Linken in Spanien ist somit mehr als ungewiss, und es werden Rufe nach einem Zusammenraufen aufgrund nahezu identischer Programmatiken und einem Ende der persönlichen Streitereien laut.

Die politische Landschaft in Spanien hat sich seit 2018 durch den Aufstieg der rechtspopulistischen Partei VOX stark verändert. Während Podemos und Sumar um Einfluss kämpfen, gewinnt VOX mit ihrer ultranationalistischen und anti-migrantischen Haltung zunehmend an Bedeutung und beeinflusst dabei auch die konservative PP.

Bis 2018 gehörte Spanien zu den wenigen europäischen Ländern, die weder im nationalen noch im regionalen Parlament eine rechtspopulistische Partei verzeichneten. Doch dieses Bild änderte sich mit den Regionalwahlen in Andalusien am 2. Dezember 2018. Die vorgezogenen Wahlen waren durch den Verlust eines wichtigen Bündnispartners der dortigen sozialdemokratischen Minderheitsregierung notwendig geworden. Überraschend zog mit VOX (rund 400.000 Stimmen, 11 Prozent) erstmals eine Partei rechts von der konservativen PP in ein Regionalparlament ein (Pfeiffer/Werz 2020). VOX wurde Ende 2013 von ehemaligen Mitgliedern und Funktionären der PP gegründet. Die Anhänger der Partei sind von der Vision eines imperialen Spaniens geprägt und zeigen sich sowohl ultranationalistisch als auch wirtschaftsliberal. Sie lehnen Separatismus ab, befürworten Zentralismus und setzen sich zugleich für eine Straffung der staatlichen Verwaltung ein. Unterstützt wird die Partei in Teilen von alten franquistischen Eliten und deren Nachkommen. Diese fühlten sich durch die PP und deren europafreundlichen sowie »gemäßigten« Kurs gegenüber Katalonien nicht länger vertreten, da sie die PP als zu nachgiebig

und unsicher wahrnahmen. VOX stellt sich gegen Feminismus und die LGBTQ+-Bewegung und verteidigt traditionelle spanische Bräuche wie den Stierkampf. Des Weiteren positioniert sich die Partei als Anti-Migrationspartei und ruft die Reconquista als kulturellen Hintergrund in Erinnerung (Gabilondo 2019).

Seit 2014 steht Santiago Abascal an der Spitze von VOX. Wie viele andere prominente Mitglieder der Anfangsjahre der Partei startete auch er seine politische Karriere in der konservativen PP und wurde 1999 in den Stadtrat der baskischen Stadt Llodio gewählt. Seine Erlebnisse und Erfahrungen, insbesondere im Umgang mit den Anfeindungen der terroristischen Organisation ETA, führten schließlich zu seinem Parteiaustritt. Ausschlaggebend waren unter anderem der seiner Meinung nach zu laxer Umgang der Regierung mit der ETA sowie die Differenzen zwischen dem Kurs der PP und seinen ultrakonservativen Ansichten. Dies führte dazu, dass Abascal und seine Anhänger die PP als »derechita cobarde« (»feige Rechte«) bezeichneten (Serrato 2022). Im nationalen Wahlkampf 2019 nahm VOX maßgeblichen Einfluss auf die Rechte, besonders in Fragen der Zentralisierung, Migration und Gleichstellung. Dies förderte einen erkennbaren Rechtsruck. Das Thema Katalonien gewann seit den Andalusien-Wahlen und einem weiteren Aufschwung von VOX an politischer Dynamik.

Bei den Nationalwahlen am 28. April 2019 zog VOX mit 24 Abgeordneten (10,26 Prozent) erstmals ins Abgeordnetenhaus ein, was bereits als beachtlicher Erfolg gewertet wurde. Bei den nachfolgenden Wahlen am 10. November 2019 konnte die Partei ihre Position ausbauen und erreichte 52 Abgeordnete (15,1 Prozent). Mit dem Einzug von VOX und Abascal als ihrem prominentesten Gesicht ins Abgeordnetenhaus sind nun Rechtspopulisten vertreten, die einen pan-spanischen Nationalismus fördern und die Monarchie zelebrieren. Letztere wird allerdings größtenteils nur von einem kleineren Teil der Linken und den Separatisten in Frage gestellt (Pfeiffer/Werz 2020). Die Präsenz von VOX hat zweifellos zu einer Verschlechterung der Debattenkultur im Parlament geführt. So bezeichnete VOX die Regierung aus PS-OE und Unidas Podemos als »Anti-Spanien«. Ein Grund hierfür waren die zahlreichen Abkommen zur Verabschiedung von Gesetzen mit separatistischen Parteien, da die parlamentarischen Kräfteverhältnisse die Regierung zur Kooperation zwangen. Dieses Vorgehen wurde auch von der PP bemängelt. In jüngerer Zeit zeigte sich eine Annäherung zwischen VOX und PP. Im Gegensatz zu Deutschland, wo aktuell (noch) eine klare Abgrenzung zur extremen Rechten besteht, kooperieren VOX und PP zumindest auf regionaler Ebene. Dies wurde mit dem Wahlsieg der PP in der Autonomen Gemeinschaft Castilla y León am 13. Februar 2022 manifest, wo die erste Koalition zwischen den beiden Parteien gebildet wurde. Doch bereits in anderen Gemeinschaften wie Madrid und Andalusien waren PP-Regierungen auf die Unterstützung von VOX angewiesen.

Bei den nationalen Wahlen am 23. Juli 2023 war allgemein mit einem weiteren Erstarken von VOX gerechnet worden. Jedoch, entgegen dem europäischen Trend,

der in vielen Ländern einen nahezu kontinuierlichen Aufstieg rechtspopulistischer Parteien zeigt, musste VOX Stimmverluste hinnehmen. Trotz eines Ergebnisses von 12,39 Prozent, nur knapp drei Prozent weniger als bei der vorherigen Wahl, verlor die Partei beinahe ein Drittel ihrer Sitze. Dies führte dazu, dass VOX als großer Verlierer der Wahl betrachtet wurde. Die katalanische Tageszeitung »La Vanguardia« brachte es treffend auf den Punkt mit der Schlagzeile: »España frena la onda Meloni«, zu Deutsch »Spanien bremst die Meloni-Welle« (Juliana 2023). Dies bezog sich auf die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni, die VOX im Wahlkampf bei einem Event energisch unterstützte. Nach den Wahlen zogen sich mehrere gemäßigte Schlüsselfiguren der Partei zurück, was den postfranquistischen Flügel stärkte und eine weitere Radikalisierung zur Folge hatte (Moraga/Golaup 2023).

Auch bei den Regionalwahlen im Frühjahr 2024 konnte VOX lediglich in Katalonien seine Position auf niedrigem Niveau verbessern. Bei den Europawahlen am 9. Juni 2024 blieb die Partei mit 9,6 Prozent und sechs Europaabgeordneten deutlich hinter ihren Ergebnissen der vorherigen nationalen Wahl zurück. Allerdings trat mit »Se Acabó la Fiesta« (SALF) eine weitgehend unbeachtete rechtspopulistische Kraft erstmals bei den Europawahlen an und erzielte mit 4,6 Prozent bzw. drei Europaabgeordneten einen Überraschungserfolg, der sogar besser war als das Ergebnis von Podemos bei dieser Wahl. SALF wurde von dem Internetagitator Alvisé Pérez gegründet und spricht im Gegensatz zu VOX vor allem jüngere Wählerschichten an. Gemeinsam mit VOX hat SALF jedoch die überwiegend männliche Wählerschaft. Zu den auffälligsten Forderungen von SALF gehört der Bau eines überdimensionierten Gefängnisses nach salvadorianischem Vorbild, in dem Kriminelle, Korrupte und deren Angehörige eingesperrt werden sollen sowie die Massendeportation von vor allem nordafrikanischen Immigranten. Zudem strebt der Parteigründer Alvisé Pérez an, Europaabgeordneter zu werden, um die Immunität eines solchen zu genießen und so weiterhin seiner Tätigkeit nachgehen zu können, die häufig die Verbreitung von Fake News und das Stalking von Politikern aller politischen Couleur umfasst, verbreitet durch eine Telegram-Gruppe mit mehr als einer halben Million Mitgliedern.

Frankreich

In Frankreich sind aktuell, wie in Spanien, beide Varianten, Links- wie Rechtspopulismus zu finden (vgl. Ivaldi 2019). Populismus hat in Frankreich aber eine längere Geschichte. Ende des 19. Jahrhunderts entstand eine populistische Bewegung um den ehemaligen Kriegsminister Georges Boulanger. Boulanger begann als Revisionist gegen den Deutsch-Französischen Frieden nach der Niederlage im Deutsch-Französischen Krieg 1871, der Frankreich bedeutende Gebietsverluste aufzwang. Rasch scharten sich Unzufriedene um ihn, im Boulangismus versammelten sich traditionelle Monarchisten, konservative Katholiken, Nationalisten, Antisemiten,

aber auch radikale Republikaner und Sozialisten. Das Programm forderte unter anderem eine neue Verfassung, die Abschaffung des Parlamentarismus und eine radikal plebiszitäre Republik. Nach einem Erfolg bei Wahlen in Paris, wo Boulanger neben Stimmen von Kleinunternehmern auch beträchtliche Teile der Arbeiterschaft gewinnen konnte, zerfiel die Bewegung rasch wieder, Boulanger nahm sich 1891 das Leben (vgl. Goodliffe 2011). Eine weitere Episode ist der Poujadismus. Pierre Poujades Anti-Steuer-, Unternehmer-, Antistaats- und pro-französische Algerien-Bewegung entwickelte sich in den 1950er Jahren zu einer erfolgreichen politischen Partei, in der ersten Runde der französischen Präsidentschaftswahlen 1956 erhielt Pierre Poujade 11,5 % der Stimmen (Kitschelt 1995; Stockemer 2017). Namensgeber Poujade war ein Lokalpolitiker, der nach Protesten von Kleinunternehmen gegen die Steuerpolitik 1955 die *Union de défense des commerçants et artisans* (UDCA, Union zur Verteidigung der Händler und Handwerker) als Protestpartei gründete. Der Poujadismus war, wie viele andere populistische Bewegungen der Nachkriegszeit in Europa, eine rechtspopulistische Bewegung, die Kleinunternehmer, Ladenbesitzer und Kleinbauern, die sich durch ökonomische und gesellschaftliche Modernisierungsprozesse bedroht fühlten, ansprach. Bei der Parlamentswahl 1956 erhielt die UDCA 11,6 Prozent der Stimmen und zog mit 52 Abgeordneten in das französische Parlament ein. Einer der Abgeordneten war der Anführer der Jugendorganisation der UDCA, Jean-Marie Le Pen. Mit 27 Jahren wurde er der jüngste Abgeordnete der Nationalversammlung. Es kam in der Folge zum Richtungsstreit innerhalb der UDCA, die Partei zerfiel schließlich mit den politischen Erfolgen De Gaulles. Le Pen wurde 1957 aus der UDCA ausgeschlossen und gründete gemeinsam mit einigen Mitstreitern *Front national des combattants*, 1972 schließlich *Front National*.

Front National bzw. seit 2018 Rassemblement National (FN/RN) ist die langlebige und bis dato erfolgreichste populistische Partei in Frankreich (vgl. Ivaldi 2019, Stockemer 2017). Die rechtsextreme Programmatik, die sich durch Xenophobie, Islamfeindlichkeit, Nationalismus bzw. Nativismus, EU-Feindlichkeit sowie Anti-Elitismus auszeichnet, ist offensichtlich (vgl. etwa Ivaldi et al. 2017).

Unter Jean-Marie Le Pen etablierte sich FN, erreichte aber zunächst nur begrenzte Erfolge, mit Ausnahme der Präsidentschaftswahl 2002, wo er überraschend den sozialistischen Kandidaten Lionel Jospin auf den dritten Platz verwies und die Stichwahl einzog, dort dann mit 17,79 Prozent deutlich gegen Jacques Chirac verlor. Nach Anfangsschwierigkeiten mit nur sehr geringen Stimmanteilen und keinen Sitzen im Parlament konnte FN aber ab Ende der 1980er Jahre deutlich zulegen. 1988 erhielt Jean-Marie Le Pen 14,38 Prozent bei den Präsidentschaftswahlen, 1995 15 Prozent, 2002, wie erwähnt, zunächst 16,86 im ersten, dann 17,79 Prozent im zweiten Wahlgang, 2007 wiederum nur 10,44 Prozent. Der Rückgang 2007 ist nicht zuletzt mit einem deutlichen Rechtsruck der Konservativen unter Nicolás Sarkozy zu erklären, der zwar damit FN Wähler streitig machen konnte, letztlich aber rechtsextreme Positionen salonfähig machte. Dies war die letzte Kandidatur

Jean-Marie Le Pen, 2011 löste ihn seine Tochter Marine Le Pen als Vorsitzende und Kandidatin ab. Sie erreichte 2012 17,9 Prozent und kam 2017 mit 21,3 Prozent in die Stichwahl, die sie mit 33,9 Prozent gegen Emmanuel Macron verlor. Bei der erneuten Auflage des Duells 2022 erzielte sie in der ersten Wahlrunde 23,2 Prozent, in der Stichwahl sogar 41,46 Prozent der französischen Wählerstimmen.

FN war bei Parlamentswahlen weniger erfolgreich, bedingt durch das französische Mehrheitswahlsystem, das eine Stichwahl vorsieht. Die Partei erhielt zwar auch hier zweistellige Ergebnisse seit Ende der 1980er Jahre, aber kaum Parlamentssitze. Erst 2022 zog der nun umbenannte RN mit 89 Abgeordneten in die Nationalversammlung und stellt nach Parteien die zweitstärkste, nach Parteibündnissen die drittstärkste Fraktion. Bei Europawahlen, die mit Verhältniswahlrecht durchgeführt werden, schnitt FN/RN besser ab, zuletzt 2024 wurde RN mit 31,37 Prozent deutlich stärkste Partei und erhielt 30 von 84 Sitzen Frankreichs im EU-Parlament. Nach diesem deutlichen Erfolg (allerdings nur bei einer Wahlbeteiligung von knapp über 50 Prozent) löste Präsident Macron die Nationalversammlung auf und rief Neuwahlen aus. Bei den Parlamentswahlen 2024 wurde RN in der ersten Wahlrunde mit 33,35 Prozent der Stimmen die stärkste Partei, vor dem neuen Linksbündnis Nouveau Front Populaire NFP mit 28,28 Prozent und dem Macron-Lager Ensemble, das mit 21,79 Prozent nur auf dem dritten Platz landete. Allerdings gab es in der zweiten Wahlrunde informelle Absprachen bzw. den Rückzug vieler Kandidierenden aus den Mitte- und Linksparteien, so dass RN in der Nationalversammlung schließlich nur 143 Sitze erhielt, Ensemble 168, und NFP 182 (vgl. *Le Monde* 2024). Dennoch ein beachtliches Ergebnis, RN legte von 89 auf 143 Sitze zu. Zwei Faktoren sind zentral, um den Erfolg des FN/RN zu erklären. Zum einen verfolgt Marine Le Pen eine Strategie der »De-Diabolisierung«, d.h. sie versucht, die Partei gemäßigter erscheinen zu lassen (Ivaldi 2019: 35). Dazu gehört ein rhetorisch moderateres Auftreten, zum Beispiel wird nicht mehr von einem Austritt Frankreichs aus der EU gesprochen, sondern nur noch von einer grundlegenden Reform, insbesondere aber die Distanzierung von rechtsextremen Positionen. Um letzteres zu belegen, wurde 2015 Jean-Marie Le Pen, der hartnäckig den Holocaust relativierte, aus der Partei ausgeschlossen, und 2018 wurde die Partei umbenannt. Umstritten ist dabei nach wie vor, ob RN und Marine Le Pen tatsächlich moderater wurden oder dies nur ein strategisches Manöver war. Daniel Stockemer konstatiert: »...the party has ... changed its message, albeit more in form than in content. It packages its populist anti-immigrant positions within a republican discourse« (2017: 79). Tatsächlich erwuchs bei den Wahlen 2022 mit Éric Zemmour sogar Konkurrenz rechts des RN (Ivaldi 2023). Viel wichtiger ist aber der Umstand, dass es FN/RN gelang, einen beträchtlichen Teil der Arbeiterschaft als Wähler zu gewinnen. Der französische Soziologe Didier Eribon hat in seinem autobiographischen Essay »Rückkehr nach Reims« (im französischen Original 2009 erschienen) anschaulich beschrieben, wie

seine Familie, traditionell kommunistische Wähler, im Laufe der Jahre offen zum FN überliefen (Eribon 2016: 117f.).

»In meiner Kindheit, ich sagte es schon, ist meine gesamte Familie ›kommunistisch‹ gewesen, und zwar in dem Sinn, dass die Bindung an die Kommunistische Partei als eine Art politisches Ordnungsprinzip den Horizont des Verhältnisses zur Politik überhaupt bestimmte. Wie konnte es dazu kommen, dass man in derselben Familie wenig später rechte oder rechtsextreme Parteien wählte und dies sogar manchmal als die ›natürliche Wahl‹ empfand? Was war geschehen, dass nun so viele den Front National wählten, die ihn zuvor intuitiv als Klassenfeind betrachtet und seine Vertreter genüsslich beleidigt hatten, sobald sie auf dem Fernsehschirm auftauchten (eine seltsame und doch wirksame Art, sich in dem zu bestätigen, was man ist und woran man glaubt)?«

Einerseits sah er eine Enttäuschung über eine zunehmend moderate und gezähmte politische Linke, die insbesondere in der Regierungszeit des sozialistischen Präsidenten François Mitterand die Erwartungen vieler Arbeiter:innen nicht erfüllte (Eribon 2016: 123f.):

»So widersprüchlich es klingen mag, bin ich mir doch sicher, dass man die Zustimmung zum Front National zumindest teilweise als eine Art politische Notwehr der unteren Schichten interpretieren muss. Sie versuchen, ihre kollektive Identität zu verteidigen, oder jedenfalls eine Würde, die seit je mit Füßen getreten worden ist und nun sogar von denen missachtet wurde, die sie zuvor repräsentiert und verteidigt hatten. Würde, dieses zerbrechliche und sich selbst nicht sichere Gefühl. Sie verlangt nach Gesten der Bestätigung. Entwürdigt fühlen sich Menschen vor allem dann, wenn sie sich als *quantité négligeable*, als bloßes Element politischer Buchführung und damit als stummer Gegenstand politischer Verfügungen vorfinden. Wenn die, denen man sein Vertrauen einmal gegeben hat, dieses nicht mehr verdienen, überträgt man es eben anderen.«

Andererseits nahm er eine bereits in den 1960er und 1970er Jahren weit verbreiteten Rassismus innerhalb der Arbeiterschaft war, die Einwanderer als eine unliebsame Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt sah (Eribon 2016: 133f.):

»Mir ist durchaus bewusst, dass das Programm und der Erfolg des Front National von den Gefühlslagen der Arbeiterklasse in den sechziger und siebziger Jahren in vielerlei Hinsicht geprägt bzw. hervorgerufen wurden. Hätte man aus dem, was tagtäglich in meiner Familie gesprochen wurde, ein politisches Programm stricken wollen, es wäre, obwohl man hier links wählte, dem der Rechtsextremen wohl ziemlich nahe gekommen: Forderungen, Einwanderer wieder abzuschieben; ›nationales Vorrecht‹ auf Arbeitsplätze und Sozialleistungen; Verschärfung des Strafrechts und der Strafverfolgung; Beibehaltung und Ausweitung der To-

desstrafe; die Möglichkeit, die Schule bereits mit vierzehn Jahren zu verlassen usw. Ein tiefsitzender Rassismus, der eines der dominanten Merkmale der weißen Arbeitermilieus und Unterschichten ausmachte, hat die Eroberung einer ehemals kommunistischen Wählerschaft durch den Front National (oder von jungen Wählern, die gleich für den FN stimmten – offenbar fiel es Arbeiterkindern deutlich leichter, systematisch die Rechte zu wählen) vielleicht erst ermöglicht oder jedenfalls erheblich begünstigt.«

Die Frustration und Enttäuschung der Arbeiterschaft, in Kombination mit einem tief verwurzelten Rassismus, die Eribon in seinem literarisch-soziologischen Essay darlegt, führten zum Rechtsruck der Arbeiterschaft, ein Befund, der auch von Stockemer in einer quantitativen Analyse der Wählerschaft des FN der Wahlen 2007 und 2012 bestätigt wird (Stockemer 2017). Arbeiter:innen, Menschen mit unterdurchschnittlicher Bildung, aus ländlichen Regionen und mit Demokratie Unzufriedene bilden eine Kernwählerschaft, zunehmend aber auch junge Menschen. Dimitri Almeida spricht von »La France des oubliés«, einen Slogan des FN zitierend, der sich unter der Ägide von Marine Le Pen ganz gezielt an diese, vermeintlich vergessenen, Wählerschaften gewandt hat (Almeida 2018: 15). Für die Wahlen 2022 konstatieren Lorimer und Herman, RN habe besonders junge Menschen mit geringer Bildung aus der Arbeiterschicht angesprochen, in der ersten Runde hätten 45 Prozent Arbeiter:innen, 28 Prozent mit Hochschulabschluss und 31 Prozent sich selbst als unterprivilegiert beschreibende RN gewählt, besonders erfolgreich war RN zudem in den deindustrialisierten Gebieten Nordfrankreichs und dem traditionell konservativen Süden (Lorimer/Herman 2023: 85). Damit hat sich FN/RN als eine der wichtigsten politischen Kräfte in Frankreich etabliert, aktuell gar als stärkste Partei, und ist eine der europaweit bekanntesten rechtspopulistischen Parteien.

Aber auch der Linkspopulismus ist in Frankreich erfolgreich, die relevante Kraft ist La France Insoumise (LFI) von Jean-Luc Mélenchon (vgl. Marlière 2019). Mélenchon war zunächst in der Sozialistischen Partei aktiv (Parti Socialiste, PS) und brachte es sogar bis zum Bildungsminister im Kabinett von Lionel Jospin 2000 bis 2002. 2008 trat er aus der PS aus und gründete 2009 Parti de Gauche (Linkspartei). Die Linkspartei wiederum ging zeitweise ein Bündnis mit Kommunisten in der Front de Gauche (Linksfront) ein. 2014 verließ Mélenchon Front de Gauche und gründete schließlich 2016 LFI. Programmatisch ist LFI gegen Neoliberalismus und Globalisierung, orientiert sich an Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, die explizit für einen linken Populismus eintraten und eintreten, sowie an Podemos in Spanien, und versteht sich als Anti-Eliten-Bewegung, gegen eine Finanzoligarchie, eine privilegierte politische »Kaste« (Ivaldi 2019: 29f., vgl. auch Laclau 2005, Mouffe 2018).

Mélenchon erzielte 2012 als Präsidentschaftskandidat von Front de Gauche 11,1 Prozent, 2017 für LFI 19,6 Prozent, 2022 dann fast 22 Prozent, womit er nur ganz knapp an der Stichwahl scheiterte, es trennten ihn nur etwas mehr als 1 Prozent oder 400.000 Stimmen von Marine Le Pen. Bei der Parlamentswahl 2017 erzielte LFI mit 11,02 Prozent der Stimmen 17 Sitze in der Nationalversammlung. Zur Parlamentswahl 2022 führte Mélenchon LFI in ein breites linkes Bündnis, die *Nouvelle union populaire écologique et sociale* Nupes (Neue ökologische und soziale Volksunion), die neben LFI die PS, die Grünen (EE-LV), die Kommunisten (PCF) sowie kleinere Partner umfasste und eine Mehrheit in der Nationalversammlung erringen wollte. Dies scheiterte, es gab allerdings Kontroversen um das Wahlergebnis aufgrund strittiger Zuordnungen verschiedener Kandidaten zu den Bündnissen. Nupes erzielte im ersten Wahlgang offiziell 25,66 Prozent, Macrons Bündnis Ensemble 25,75, Mélenchon reklamierte aber den ersten Platz für Nupes. Letztlich erhielt Ensemble aber mit 245 Sitzen gegenüber 131 von Nupes deutlich den ersten Rang, wenngleich keine absolute Mehrheit in der 577 Sitze zählenden Nationalversammlung. Im Parlament zerstritt sich Nupes rasch aufgrund profunder inhaltlicher Divergenzen und vermochte es nicht, eine gemeinsame Fraktion zu bilden. Nicht zuletzt das sehr große Ego Jean-Luc Mélenchons wird als ein Grund für das Scheitern gesehen.

Diskutiert wird dabei vor allem die Performanz von Mélenchon, die als wesentlicher Erfolgsfaktor für LFI angesehen wird. So vermeidet Mélenchon parteipolitische Festlegungen, spricht immer das Volk (»les gens« oder »le peuple«) an, LFI verwendet den griechischen Buchstaben Phi als neues, neutrales Chiffre. Mélenchon setzt auch auf Social Media, insgesamt hat er Sprache, Symbole und Kommunikation neu definiert und, so eine These, wie Podemos eine Volkspartei neuen Typs geschaffen (Marlière 2019, Kim 2022). Marlière spricht von einer »postmodernen« Organisation, so gibt es keine Mitgliedsbeiträge, man kann daher formal gar kein Mitglied bei LFI werden, Mélenchon betont den Bewegungscharakter (Marlière 2019: 108).

Dabei gibt es bei den Linkspopulisten Gemeinsamkeiten, sowohl programmatisch wie vom Wählerprofil, mit den Rechtspopulisten im RN: beide lehnen Neoliberalismus und Globalisierung ab, sind gegen das politische Establishment, EU- und NATO-kritisch, tendenziell russlandfreundlich und definieren sich als national, patriotisch und republikanisch (im französischen Verständnis). Höchst umstritten ist die Hamas-freundliche Linie von LFI, die den Terrorangriff nicht als Terrorangriff bezeichnet und Israel vehement kritisiert. Wie die Wählerschaft des RN sind auch die Wähler von LFI eher unterprivilegiert, oft arbeitslos oder mit geringem Einkommen und betrachten sich selbst als »classes populaires«. Auch LFI zieht junge Menschen an, 31 Prozent der 18- bis 24-Jährigen und 34 Prozent der 25- bis 34-Jährigen wählten 2022 in der ersten Wahlrunde LFI (Lorimer/Herman 2023: 86). Geographisch gibt es Abweichungen, LFI-Wähler kommen eher aus urbanen Zentren, aber der kategorische Unterschied betrifft die Einstellung zu Rassismus und Immigranten, Mélenchon und LFI betonen hier liberal-universalistische Werte und sozia-

le Inklusion auch für Immigranten und Minoritäten und treten kategorisch gegen Rassismus ein (Ivaldi 2019: 31).

Wie der Rechtspopulismus von RN, so scheint auch der Linkspopulismus von LFI eine etablierte, starke Kraft zu sein. Allerdings hängt LFI noch stärker als RN an einer Person. Während RN den Übergang von Jean-Marie Le Pen zu Marine Le Pen geschafft hat und etwa der neue Parteivorsitzende Jordan Bardella, der 2022 Marine Le Pen an der Parteispitze ablöste, bereit scheint, um wiederum Marine Le Pen abzulösen, scheint LFI eine One-Man-Show von Mélenchon zu sein, die beweisen muss, dass sie mehr als ein personalistisches Vehikel ist. Bei den Europawahlen 2024 trat LFI alleine an und erzielte mit einem explizit anti-europäischen und pro-Hamas-Wahlkampf 9,87 Prozent der Stimmen und 5 Mandate im europäischen Parlament. Nach der Auflösung der Nationalversammlung schloss sich LFI aber innerhalb weniger Tage wieder mit den alten Partnern von NUPES und verschiedenen kleineren linken Parteien zu einer neuen »Volksfront«, Nouveau Front Populaire NFP, zusammen, um den Vormarsch des RN aufzuhalten. Mit 182 Sitzen gewann NFP überraschend die Wahlen und wurde zur stärksten Fraktion, wenngleich man noch deutlich von den zur absoluten Mehrheit nötigen 289 Sitzen entfernt ist. Innerhalb von NFP ist LFI zwar die stärkste Partei, erhielt mit 76 Sitzen aber zum einen nur unwesentlich mehr als 2022, als LFI 72 Sitze bekam, zum anderen sind inhaltliche Differenzen innerhalb NFP sowie mit dem Präsidentenlager unübersehbar.

4. Fazit

Wie in vielen anderen Ländern auch, so gibt es in Spanien und Frankreich Populismus. Spanien gilt als Latecomer, aber in beiden Ländern sehen wir einen ausgeprägten Rechtspopulismus wie auch Linkspopulismus. In Spanien erscheint das Wählerpotenzial begrenzter als in Frankreich, bei den letzten nationalen Wahlen summieren sich populistische Stimmanteile in Spanien bei etwa 25 Prozent, Sumar mit 12,31 und Vox mit 12,39. In Frankreich erzielen die populistischen Parteien bzw. Kandidaten dagegen über 45 Prozent. Ein wichtiger Unterschied liegt hier im Parteiensystem, das in Spanien noch mit den etablierten Parteien funktioniert, während in Frankreich von einem Kollaps des Parteiensystems gesprochen wird (Amable/Palombarini 2018). Zum ersten Mal in der Geschichte der 5. Republik gewannen bereits 2017 zwei nicht-traditionelle Kandidaten, Emmanuel Macron und Marine Le Pen, die erste Runde der Präsidentschaftswahlen und zogen in die Stichwahl ein. Weder der Kandidat der Sozialistischen Partei, Benoît Hamon, noch der Kandidat der Republikaner, François Fillon, erreichten die zweite Runde – eine beispiellose Situation in der 5. Republik. Während François Fillon immerhin 20 Prozent der Stimmen erhielt, kam der Kandidat der PS, Benoît Hamon, nur auf 6,4 Prozent der Stimmen – ein beschämendes Ergebnis für die Regierungspartei und das schlech-

teste Ergebnis, das die PS jemals bei Wahlen erzielt hat. 2022 kam es noch schlimmer: Valérie Pécresse, die Kandidatin der konservativen Les Républicain (LR) erhielt nur 4,8 Prozent, Anne Hidalgo, die Kandidatin der PS, gerade einmal 1,75 Prozent. Es scheint aktuell etwa drei gleich große politische Lager zu geben, ein liberal-konservatives, ein rechtspopulistisches, und ein linkes inklusive der Linkspopulisten, was unruhige und instabile Zeiten für die französische Politik verspricht. Während also in Spanien die etablierten Parteien noch ein relativ stabiles Wählerpotenzial haben, was auch das Potenzial populistischer Parteien begrenzt, gab es in Frankreich einen Kollaps des alten Parteiensystems verbunden mit einer Änderung der Elektorate und dem Aufstieg des Populismus. Fraglich bleibt, ob der Erfolg des Populismus zu diesem Kollaps geführt hat, oder der Kollaps zum Erfolg des Populismus.

Dieser Erfolg von Populisten, links wie rechts, wird wesentlich durch zwei Ansätze erklärt. Der sozio-ökonomische Ansatz stellt die sozio-ökonomische Benachteiligung in den Mittelpunkt (vgl. etwa Manow 2018). Eine kulturalistische Perspektive betont die subjektive Dimension (vgl. Norris/Ingelhart 2019). Dabei muss beachtet werden, dass auch sozio-ökonomische Deprivation oftmals nur durch die Wahrnehmung der Menschen Wirkkraft entfaltet. Dimitri Almeida hat hier sehr scharfsinnig von »déprivation anticipatrice« gesprochen (Almeida 2018: 25). Es handelt sich um ein antizipierendes Gefühl einer zukünftigen, möglichen Deprivation, mithin schlicht Verlustängste, eine pessimistische Sicht, die auch durch positive Fakten und Entwicklungen nicht beeinträchtigt wird. Hierbei spielt auch wieder die von Eribon angesprochene Würde eine Rolle. Der US-amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama veröffentlichte 2018 ein Buch mit dem Titel »Identity. The Demand for Dignity and the Politics of Resentment« (Fukuyama 2018). Im 20. Jahrhundert, so seine These, sei Politik durch das klassische Links-Rechts-Schema, basierend auf ökonomischen Kategorien, insbesondere dem Cleavage Arbeit versus Kapital, geprägt worden. Im 21. Jahrhundert sei dies durch eine Identitätspolitik abgelöst worden. Die Linke kümmere sich weniger um Arbeiterinteressen, mehr um Interessen und Gruppenidentitäten von Minoritäten, Frauen, LGBTQ+, Immigranten oder Geflüchteten. Die Rechte dagegen verteidige ethnische Homogenität, traditionelle, religiöse oder vermeintlich patriotische Werte, Interessen und Identitäten. Fukuyama ist nicht unbekannt für überspitzte, oftmals vereinfachte und teilweise oberflächliche Ausführungen zu aktuellen Entwicklungen, die er mit philosophischen Exkursen garniert, denken wir nur an sein Buch zum vermeintlichen »Ende der Geschichte (Fukuyama 1992). Dass Fukuyama aber, wie schon öfter, einen Nerv trifft, zeigen aktuelle politische Diskussionen um Flüchtlinge und Migranten, Frauen- und LGBTQ+-Rechte, Black Lives Matter oder gendergerechte Sprache. Dass es sich aber nicht um ein neues Thema handelt, zeigt, dass ein profunder politischer Theoretiker wie Yves Bizeul sich schon seit langer Zeit mit dem Thema Identitäten, Identifikation und kollektiver Identität befasst hat. In einem seiner letzten Aufsätze schrieb er von kultureller Identität als einem umstrittenen, aber unent-

behrlichen Konzept und sprach von »...einer Welt, in der der Diskurs zur kollektiven Identität und ihrer Bedeutung für Nationen und vor allem Minderheiten eine immer größere Rolle spielt...« (Bizeul 2020: 26). Kulturelle Identitäten, so Yves Bizeul, entstehen aus sozialen Beziehungen, Grundlage sind so etwas wie »identity markers«, geteilte Vorstellungen eines gemeinsamen »Imaginären«, etwa Rituale, Überzeugungen, Mythen oder Utopien. Der Philosoph Kwame Athony Appiah spricht von »Fiktionen der Zugehörigkeit« (2019). Dabei gibt es einen wichtigen Faktor: »Kollektive Identität«, so Yves Bizeul, »entsteht auch durch leidenschaftliche Hinwendung und erzeugt starke Emotionen« (Bizeul 2020: 28). Hier kann man auch wiederum bei Fukuyama anknüpfen, der, wie Eribon, »Würde« und »Wut« ins Spiel bringt. Fukuyama verbindet die Identitätspolitik von (vermeintlich) marginalisierten oder minoritären gesellschaftlichen Gruppen in Anlehnung an Hegel mit dem Streben nach Anerkennung. Anerkennung bedeutet, wahrgenommen zu werden, mit Respekt behandelt zu werden, in einer Demokratie bedeutet Anerkennung auch das Recht, an der Gestaltung der Gesellschaft mitzuwirken. Formuliert man dies um in Gruppen, die sich selbst als marginalisiert, als missachtet, sich, um erneut Eribon zu zitieren, »als quantité négligeable, als bloßes Element politischer Buchführung und damit als stummer Gegenstand politischer Verfügungen vorkommen« (Eribon 2016: 123), so erkennen wir einen Erklärungsansatz für den Aufstieg und Erfolg von Populismus, in Frankreich, Spanien, aber auch den USA oder Deutschland. Eine solche kulturalistische Perspektive aber kann sowohl sozialwissenschaftliche, datengestützte Untersuchungen als auch Interpretationen von Literatur, Theater, Musik, Kunst und anderen kulturellen Artefakten beinhalten, was für eine interdisziplinäre, kooperative Forschung verschiedener Disziplinen spricht.

5. Literatur

- Almeida, Dimitri: »Penser l'extrême droit en milieu rural: un récit de deux France ?«. In: *apropos [Perspektiven auf die Romania]* 1(2018), 13–32. <<https://doi.org/10.15460/apropos.1.1261>>.
- Amable, Bruno/Palombarini, Stefan: *Von Mitterrand zu Macron. Über den Kollaps des französischen Parteiensystems*. Berlin: Suhrkamp, 2018.
- Bizeul, Yves: »Die kulturelle Identität, ein umstrittenes, aber unentbehrliches Konzept«. In: Bizeul, Yves/Rudolf, Dennis (Hg.): *Gibt es eine kulturelle Identität?* Baden-Baden: Nomos, 2020, 25–49.
- Bosch, Augusti/Durán, Iván: »How does economic crisis impel emerging parties on the road to elections? The case of the Spanish Podemos and Ciudadanos«. In: *Party Politics*, Vol. 25 (2019) Nr. 2, 257–267. <<https://doi.org/10.1177/1354068817710223>>.

- De la Torre, Carlos (Hg.): *Routledge Handbook of Global Populism*. New York: Routledge, 2019.
- Eribon, Didier: *Rückkehr nach Reims*. Berlin: Suhrkamp, 2016.
- Eser, Patrick: »Der «caudillo» als Verkörperung des Messias? Politisch-theologische Inszenierungsstrategien im Franquismus«. In: *Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte* 68 (2016) Nr. 3, 243–270.
- Franzé, Javier: »Podemos: ¿regeneración democrática o impugnación del orden? Transición, frontera política y democracia«. In: *Cahiers de civilisation espagnole contemporaine* (2015) Nr. 15. <<http://journals.openedition.org/ccec/5988>>.
- Fukuyama, Francis: *The End of History and the Last Man*. New York: Free Press, 1992.
- Fukuyama, Francis: *Identity. The Demand for Dignity and the Politics of Resentment*. New York: McMillian, 2018.
- Gabilondo, Josea: »La ultraderecha y la globalización medieval.« *Ctxt*, 24.04.2019. <<https://ctxt.es/es/20190424/Firmas/25720/vox-globalizacion-edad-media-imperio-joseba-gabilondo.html>>.
- Goodliffe, Gabriel: *The Resurgence of the Radical Right in France. From Boulangisme to the Front National*. Cambridge: Cambridge University Press, 2011.
- Heinisch, Reinhard/Holtz-Bacha, Christina/Mazzoleni, Oscar (Hg.): *Political Populism. A Handbook*. Baden-Baden: Nomos, 2017.
- Ionescu, Ghița/Gellner, Ernest (Hg.): *Populism: Its Meaning and National Characteristics*. New York: Macmillan, 1969.
- Ivaldi, Gilles/Lanzone, Maria/Woods, Dwayne: »Varieties of populism across a left-right spectrum: The case of the Front National, the Northern League, Podemos and Five Star Movement«. In: *Swiss Political Science Review* 23 (2017) Nr. 4, 354–376.
- Ivaldi, Gilles: »Populism in France«. In: Stockemer, Daniel (Hg.): *Populism Around the World*. Cham: Springer, 2019, 27–47.
- Ivaldi, Gilles: »When far right parties compete: a case study of Éric Zemmour and Marine Le Pen in the 2022 French presidential election«. In: *French Politics* 21 (2023) Nr. 3, 1–18.
- Jörke, Dirk/Selk Veith: *Theorien des Populismus zur Einführung*. Hamburg: Junius, 2017.
- Juliana, Enric: »España frena la onda Meloni.« *La Vanguardia*, 2023. <<https://www.la Vanguardia.com/politica/20230724/9129610/espana-frena-onda-meloni.html>>.
- Kim, Seongchol: »Das Ende eines Zyklus? Podemos und France Insoumise als Volksparteien neuen Typs«. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen FINSB* 35 (2022) Nr.3, 441–451.
- Laclau, Ernesto: *On Populist Reason*. London: Verso, 2005.
- Le Monde: Les résultats des élections législatives, 2024. <<https://www.lemonde.fr/resultats-elections/>>.
- Lewandowsky, Marcel: *Populismus. Eine Einführung*. Wiesbaden: Springer VS, 2022.

- Lorimer, Marta/Herman, Lise: »The French Elections of 2022: Macron's Half Victory in a Changing Political Landscape.« In: *JCMS: Journal of Common Market Studies* 61 (2023) Nr. 1, 80–89. <<https://doi.org/10.1111/jcms.13528>>.
- Manow, Philip: *Die politische Ökonomie des Populismus*. Berlin: Suhrkamp, 2018.
- Mariette, Maëlle: »Sie nannten sich Podemos.« *Le Monde diplomatique*, 13.01.2022. <<https://monde-diplomatique.de/artikel/!5826574>>.
- Marlière, Philippe: »Jean-Luc Mélenchon and France Insoumise: The Manufacturing of Populism.« In: Katsambekis, Giorgos/Kioupkiolis, Alexandros (Hg.): *The Populist Radical Left in Europe*, London: Routledge 2019, 93–112.
- Medina, Pablo: »Yolanda Díaz reivindica el éxito de Sumar pese a la incógnita del Gobierno.« *La Voz de Galicia*, 24.7.2023. <<https://www.lavozdegalicia.es/noticia/elecciones-23j/2023/07/24/yolanda-diaz-reivindica-exito-sumar-pese-incognita-gobierno/00031690151367471292124.htm>>.
- Moffit, Benjamin: *The Global Rise of Populism: Performance, Political Style, and Representation*. Stanford: Stanford University Press, 2016.
- Monrosi, José Enrique/Olías, Laura/Riveiro, Aitor: »Sánchez anuncia la subida del salario mínimo hasta los 1.080 euros mensuales.« *El Diario*, 31.01.2023. <https://www.eldiario.es/economia/sanchez-anuncia-subida-salario-minimo-1-080-euros-mensuales_1_9912037.html>.
- Moraga, Carmen/Galaup, Laura: »La dimisión de Espinosa de los Monteros aflora la guerra interna por el poder en Vox.« *El Diario*, 08.08.2023. <https://www.eldiario.es/politica/dimision-espinosa-monteros-aflora-guerra-interna-vox_1_10434990.html>.
- Mouffe, Chantal: *Für einen linken Populismus*. Berlin: Suhrkamp, 2018.
- Mudde, Cas: »The Populist Zeitgeist.« In: *Government and Opposition* 39 (2004) Nr. 4, 541–563.
- Mudde, Cas/Rovira Kaltwasser, Cristobal: *Populism in Europe and the Americas. Threat or Corrective for Democracy?* New York: Cambridge University Press, 2012.
- Mudde, Cas/Rovira Kaltwasser, Cristobal: *Populism: A Very Short Introduction*. Oxford: Oxford University Press, 2017.
- Mudde, Cas: »Populism. An ideational approach.« In: Rovira Kaltwasser, Cristobal/Taggart, Paul/Ochoa, Pablo/Ostiguy, Pierre (Hg.): *The Oxford Handbook of Populism*. Oxford: Oxford University Press 2017, 27–47.
- Müller, Jan-Werner: *Was ist Populismus? Ein Essay*. Berlin: Suhrkamp, 2016.
- Muno, Wolfgang: »Manifestationen von Populismus an der Macht: Die lange Geschichte des Peronismus in Argentinien.« In: Muno, Wolfgang/Pfeiffer, Christian (Hg.): *Populismus an der Macht*. Wiesbaden: Springer VS, 2021: 189–217.
- Norris, Pippa/Ingelhart, Ronald: *Cultural Backlash: Trump, Brexit, and Authoritarian Populism*. Cambridge: Cambridge University Press, 2019.

- Ostiguy, Pierre: »Populism. A Socio-Cultural Approach«. In: Rovira Kaltwasser, Cristobal/Taggart, Paul/Ochoa, Pablo/Ostiguy, Pierre (Hg.): *The Oxford Handbook of Populism*. Oxford: Oxford University Press, 2017, 73–97.
- Panizza, Francisco: »Introduction: Populism and the Mirror of Democracy«. In: Panizza, Francisco (Hg.): *Populism and the Mirror of Democracy*. London: Verso, 2005, 1–31.
- Pappas, Takis S.: »Populists in Power«. In: *Journal of Democracy* 30 (2019) Nr. 2, 70–84.
- Pfeiffer, Christian: »Podemos – Eine neue Partei bedroht Spaniens bipartidismo«. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen – PLUS*, Supplement zu Heft 1/2015. <<http://forschungsjournal.de/fjsb-plus>>.
- Pfeiffer, Christian: »Die spanischen nationalen Wahlen am 26. Juni 2016: Ein zweiter Anlauf zur Regierungsbildung im neuen Vierparteiensystem«. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl)* 2016, Nr. 4, 757–773.
- Pfeiffer, Christian/Muno, Wolfgang: »Populismus an der Macht?! Theoretische Konzepte und empirische Diskussionen«. In: Muno, Wolfgang/Pfeiffer, Christian (Hg.): *Populismus an der Macht. Vergleichende Politikwissenschaft*. Wiesbaden: Springer VS, 2021, 3–22. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-33263-1_1>.
- Pfeiffer, Christian; Muno, Wolfgang: »Identitätskonstruktionen argentinischer Eliten – Die Konfliktlinie Peronismus versus Antiperonismus«. In: Lutz-Auras, Ludmila/Rudolf, Dennis (Hg.): *Menschen, Macht und Mythen. Glaubensformen im Widerstreit spätmoderner Gesellschaften*. Wiesbaden: Springer VS, 2023, 241–269.
- Pfeiffer, Christian/Werz, Nikolaus: »Die spanischen Parlamentswahlen vom 28. April und 10. November 2019 und die politische Blockade«. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl)* 2020, Nr. 1, 139–165.
- Pfeiffer, Christian/Werz, Nikolaus: »Die spanischen Parlamentswahlen vom 23. Juli 2023 und die Wiederkehr der Territorialfrage«. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl)* 2023, Nr. 4, 773–797.
- Priester, Karin: *Rechter und linker Populismus. Annäherung an ein Chamäleon*. Frankfurt/New York, Campus, 2012.
- Riekenberg, Michael: *Caudillismus: eine kurze Abhandlung anhand des La Plata-Raums*. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag, 2010.
- Rosanvallon, Pierre: *Das Jahrhundert des Populismus. Geschichte, Theorie, Kritik*. Hamburg: Hamburger Edition, 2020.
- Rovira Kaltwasser, Cristobal/Taggart, Paul/Ochoa, Pablo/Ostiguy, Pierre (Hg.): *The Oxford Handbook of Populism*. Oxford: Oxford University Press, 2017.
- Sartori, Giovanni: »Concept Misformation in Comparative Politics«. In: *The American Political Science Review* 64 (1970) Nr. 4, 1033–1053.
- Serrato, Fran: »El giro de Vox en sus relaciones con el PP: de la »derechita cobarde« a la neutralidad.« *The Objective*, 27.02.2022. <<https://theobjective.com/espana/2022-02-27/giro-vox-relaciones-pp-derechita-neutralidad/>>.

- Stanley, Ben: »The thin ideology of populism«. In *Journal of Political Ideologies* 13 (2008) Nr. 1, 95–110.
- Stockemer, Daniel: *The Front National in France. Continuity and change under Jean-Marie Le Pen and Marine Le Pen*. Cham: Springer, 2017.
- Taggart, Paul: *Populism*. Buckingham: Open University Press, 2000.
- Urbinati, Nadja: »Political Theory of Populism«. In *Annual Review of Political Science* 2019, Nr. 22, 111–127.
- Weyland, Kurt: »Clarifying a Contested Concept. Populism in the Study of Latin American Politics«. In: *Comparative Politics* 34 (2001) Nr. 1, 1–22.
- Weyland, Kurt: »Populism. A Political-Strategic Approach«. In Rovira Kaltwasser, Cristobal/Taggart, Paul/Ochoa, Pablo/Ostiguy, Pierre (Hg.): *The Oxford Handbook of Populism*. Oxford: Oxford University Press, 2017, 48–72.